Alle diese Maßnahmen gehen darauf hinaus, dem Eskimo die Lebensmöglichkeiten zu erhalten. Die südgrönländischen Eskimos sind unter dem Einfluß der Kultur der Weißen. Da die Jagd u. Fischerei aus den beschriebenen Ursachen für die Eskimos der Westküste nicht mehr zureichend ist, hat man sich entschlossen, einige Stämme nach der Ostküste zu übersiedeln und hat daher die Schutzgesetze auch für hier (in erweitertem Maßstabe) geltend gemacht.

Gegen diese Ausdehnung der Schutzgesetze erhebt nun Norwegen Protest (veranlaßt durch die in der Walfang- und Jagdindustrie investierten großen Kapitalien) und macht Dänemark überhaupt das Hoheitsrecht über Grönland streitig. Der Streit tobt nunmehr in mehreren Jahren und hat zu Zeiten kriegerische Hochspannung. Im Jahre 1923 hat die dänische Regierung ein Abkommen getroffen, mit der norwegischen Regierung ein Abkommen getroffen, welches teilweise den norwegischen Interessenten entgegen kommt. Leider sind die Interessen der Eskimos hierbei zu kurz gekommen, wie immer, wenn die Interessen der Kolonialbevölkerung mit den Interessen des Kapitals kollidieren.

Das beste was geschehen könnte, würde, wenn man einen wirksamen Schutz der Eskimos und deren Existenzmöglichkeiten sichern wollte, die gesamten von Eskimos bewohnten Gebiete unter internationalen Schutz zu stellen. Jedes Eindringen von Weißen ohne Erlaubnis unter schwerste Strafe zu stellen. Die Ausübung von Jagd seitens Weißer ist verboten, besonders von Jagdexpeditionen Vergnügungsreisender, wie sie Bennet und andere Reisebüros (hier sind es besonders Norweger, die zum Vergnügen die Nahrung und den Erwerb der Eskimos bedrohen) solche ausrüsten, müssen verhindert werden.

Die dänische Regierung will dänische Landwirte nach Grönland bringen, um die Eskimos unabhängig von der dänischen Zufuhr zu ernähren, desgleichen plant man, isländische Fischer nach der Ost- und Westküste zu bringen, um dem Eskimo die Motorfischerei, die besondere Uebung erfordert, zu lernen. Desgleichen verlangen Kreise, die den Forschern der 5. Thule-Expedition nahe stehen, daß das Monopol der Grönländischen Kompagnie aufgehoben wird, daß weiter der südländische Eskimo in der Verwaltung seiner Angelegenheiten und der seiner Volksgenossen bestimmend mitzuwirken hat.

Aus der Bewegung

Die Schwindel-„Fahne"

Der Moabiter KPD. Turbinen-König als Schrittmacher für die Brüder in Christo der SPD.

„Die Gewerkschaften sind schlimmer als die Orgesch." (Sinowjew, USPD.-Parteitag 1920, in Halle.)

Für jeden klassenbewußten Proletarier steht es fest, daß, wenn er den „Vorwärts" zur Hand nimmt, er denselben nur mit Vorsicht genießen darf. Er weiß, daß Meldungen über Betriebsversammlungen so entstellt werden, daß sie nur noch einer einzigen Lüge gleichzustellen sind. Doch auf Betriebsberichte sowie auf Betriebsversammlungen legt das 'Organ der kleinbürgerlichen Philister keinen großen Wert, da es ja gespeist wird durch Minister in und außer Dienst, Polizeipräsidenten nebst Privatsekretären in und außer Dienst, und Reichstags- und Landtagsabgeordneten, sowie Stadträten, Landräten und sonstigen Inhabern von gut bezahlten Stützpunkten der Bourgeoisie. Die Berichte der nicht ganz so materiell ertiebigen Betriebsratsposten der SPD. sind stets sehr mager gesäet im „Vorwärts". Das Reptil unter Stampfers geschickter Leitung tut gut damit; denn sonst würde doch mancher Proletarier der SPD., der mit dabei war, beim Lesen der Ergüsse seiner erwählten „Perle" des Betriebes, Betriebsrat genannt, stutzig werden und schließlich sagen: „so war's ja garnicht!"

Vielleicht wäre mit dem Ausspruch auch der „kühne" Gedanke verbunden, doch mal zu ergründen, warum es so falsch berichtet wurde von der „Perle" des Betriebes, warum man solche Angst vor der Feststellung der Tatsachen hat, warum man so schwindelt wie gedruckt?

Dem Lügen-„Vorwärts", dem Blatt der „ruhebedürftigen" Spießer in der Arbeiterschaft, die ungern ihren neuen Kriegerverein Schwarzrotgelb unterstützen, sich sonst aber nicht mehr in geistige Unkosten stürzen, denken tut bekanntlich weh, ist in der „Roten Fahne" ein Partner erstanden, der allerdings so tolpatschig lügt, daß man es ordentlich klappern hört.

Die „Rote Fahne" vom 12. April bringt einen Bericht über die Betriebsversammlung der AEG.-Turbine Moabit, im Inselrestaurant Plötzensee, vom 11. April, vormittags. Da dieser Bericht nicht gekennzeichnet ist, ob er von einem sogenannten Arbeiterkorrespondenten geschrieben ist, nehmen wir an, daß der sattsam berüchtigte König der Hersteller dieses Elaborats ist.

In diesem Bericht wird behauptet, daß der KAPD.-Redner nicht auf die Ausführungen des König eingegangen ist, daß alle Arbeiter der KAPD. beizutreten hätten, und als Höhepunkt schließlich: Die Führer der KPD. verschachern ihre Posten hinter dem Rücken der Arbeiter mit den Kapitalisten.

Dann heißt der Bericht wörtlich weiter:

„Diese Ausführungen, sowie weitere Wortmeldungen von KAPD.-Leuten, desgleichen der Weyer-Industrieverbändler brachten eine große Erregung in die bisher ruhig verlaufene Versammlung. Ganz deutlich zeigte sich, daß Betriebsfremde jede sachliche Diskussion unmöglich machten. Aus diesem Grunde schloß die Leitung die Versammlung, um die Masse der Belegschaft in einer erneuten Versammlung in der nächsten Woche zu den Vorgängen Stellung nehmen zu lassen. 95 v. H. der Besucher verließ das Lokal, während der Rest unter der Weyer-Union weitertagte."

Dann folgt noch ein Kommentar der „Roten Fahne"-Redaktion, worin behauptet wird, daß die KAP. und die Weyer-Richtung in letzter Zeit mit ihren systematischen Sprengungsversuchen „nicht nur die Geschäfte der Unternehmer, sondern auch die der Reformisten besorgen".

Zu diesem Bündel Lügen haben wir zu erklären:

König war Berichterstatter und nicht Leiter der Versammlung, trotzdem löste König dieselbe auf unter schweren Anwürfen gegen den Redner der KAPD.

Da König zur Aussperrung fast nichts gesagt hatte, jegliche Stellungnahme dazu unterließ, sonnte sich nur zum bevorstehenden eventuellen Metallarbeiterlohnkampf aussprach, daß alle schleunigst in den DMV. eintreten und am 14. April recht rege zur Betriebsratswahl gehen sollten, holte dieses der KAPD.-Redner nach.

Er zeigte den Unsinn auf, der in dem Flugzettel von der Opposition im DMV. enthalten ist, daß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden soll „für die restlose Anerkennung der Kaufmännischen-Forderungen", sowie deren eigene Bornierthelt, daß sie anreben durch den Mund von Krause, daß sie nicht aus Branchenegoismus, sondern im Interesse der gesamten Berliner Metallarbeiterschaft dieses getan haben. („Rote Fahne" vom 8. April 1925.)

Bezeichnend ist, daß die streikenden Kupferschmiede es in dieser Versammlung nicht für notwendig hielten, irgend etwas zu sagen.

Unser Genosse zeigte die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie und der Gewerkschaften auf, ihre gemeinsame Grundlage, den Kapitalismus. Demgegenüber stehen nicht die Berufsinteressen kleiner, hochqualifizierter Fachgruppen, sondern das Lebensinteresse des Proletariats als Klasse. Die 3. Internationale mit ihren Sektionen, so vor allem die KPD. verhindere mit ihrem hysterischen Geschrei: „Hinein in die Gewerkschaften!" jegliche Klassensolidarität, die nur von unten aus den Betrieben um das Klassenziel, den Kommunismus, erwachsen kann. Wer den Kapitalismus bekämpfen will, muß auch die Bekämpfung der Orgesch-Gewerkschaften wollen. Als unser Redner an die Belegschaft die offene Frage richtete, ob sie als Metallarbeiter bei einem Lohnkampf der Hochbahner Tatsolidarität üben könnten, wagte niemand der wohl restlos anwesenden Belegschaft mit „ja" zu antworten, auch König nebst den anderen Helden des Versammlungsbüros wagten nicht in dem Augenblick ihren Mund zum Reden zu öffnen, trotzdem sie sich sonst reichlicher Zwischenrufe und Unterbrechungen bedienten. Eine von diesen Perlen des Betriebes in der Versammlungsleitung besaß den „Mut", zu sagen, daß „diese Burschen (gemeint ist die KAP. und Allgem. Arbeiter-Union. D. Red.) von den Unternehmern bezahlt würden".

Sollte diese Bemerkung aus dem Munde eines SPD.-Betriebsrates der Turbine gekommen sein, dann ist dieses nur ein Zeichen, wie frech schon wieder die Anhänger jener Partei geworden sind in den Betrieben, die selbst die Schwindel-„Fahne" als stinkende Korruptionspartei bezeichnen muß, und die Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag des Spartakusbundes am 1. Januar 1919 als die größten Lumpen der Weltgeschichte bezeichnet hat. Was der Turbinen-König allerdings nicht wissen kann.

Wir stellen also fest:

Lüge ist es, daß der KAPD.-Redner nicht auf Königs Ausführungen einging, im Gegenteil, er tat es so reichlich, daß diesem nebst Gefolge etwas warm wurde.

Lüge ist es, daß der KAPD.-Redner zum Eintritt in die KAPD. aufforderte. Er forderte vielmehr zum Eintritt in die revolutionäre Betriebsorganisation auf, deren Ziel die Eroberung der Produktion ist.

Lüge ist, daß die Leitung die Versammlung schloß. Dieses tat der KPD.-König für die SPD.-Strategen im Betriebsrat, darum bringt auch das Reptil keinen Bericht.

Lüge ist, daß 95 v. H. der Belegschaft dem König und Genossen gefolgt ist. Wir rechnen auf kaum die Hälfte der Belegschaft.

Lüge ist, daß die KAPD. und die Wyer-Union weder an eine Sprengung der Versammlung noch an eine systematische Vorarbeit dazu dachten, es also auch nicht getan haben.

Im Gegenteil, die KAPD. sowie die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation) erklären, daß sie regstes Interesse daran haben, zu allen Situationen immer und immer wieder in Betriebs- oder öffentlichen Versammlungen Stellung zu nehmen von ihrer programmatischen Grundlage heraus. Daß sie aber nicht um das Wort bitten, sondern es als Teil des kämpfenden Gesamtproletariats verlangen. Und weiter, daß sie in der Form, Sprache und Kritik absolut keine Bevormundung dulden, sondern stets offen und rücksichtslos dem Proletariat als Klasse das sagen, was sie sehen, was ist. Auch auf die „Gefahr" hin, daß es etlichen Betriebsräten von der Bourgeoisie Gnaden in der Turbine Moabit nicht gefallen sollte.

Gegenüber der Schwindel-„Fahne" stellen wir fest, daß die feigen Burschen von Betriebsräte die Versammlung auflösten und tatsächlich zur Hälfte sprengten. Aber keine Lüge ist es, daß die Gewerkschaften schlimmer als die Orgesch sind. Daß diese Orgesch-Gewerkschaften durch den größten Teil der gesetzlichen Betriebsräte gestützt und gefördert werden. Daß wiederum Orgesch-Gewerkschaften nebst gesetzliche Betriebsräte in der „einzigen" Arbeiterpartei ihre größte Förderin haben. Es ist keine Lüge, daß der freigelbe Sumpf bis 1923 fast jeden Streik als wild bezeichneten und jetzt mit einmal jeden Streik sanktionieren, manchmal dieselben sogar provozieren.

Keine Lüge ist es, daß diese Dulder- und Hungerstreiks, die sich oft auf Wochen erstrecken, eine systematische Zermürbungstaktik der Orgesch-Gewerkschaften darstellt und somit eine bewußte und sichere Verschacherung des Proletariats an das Unternehmertum darstellt. Wer die Barmatpartei dabei hilft in den Gewerkschaften, das ist die KPD. Und König, der KPD.-Held der Turbine, sprach von dunklen Elementen, von denen man nicht wisse, wo sie herkommen. Er ist damit offen in das Lager der SPD. gerückt und wird wohl auch bald dort landen, genau wie der berüchtigte Mehlhose von Loewe, nachher in Eberswalde im Galopp zur Barmatpartei ging.

Wie weit übrigens die Führer der KPD. ihre Posten hinter dem Rücken der Arbeiter mit den Kapitalisten verschachern, was nur ein an Verfolgungswahn leidendes Gehirn haben kann, wird allerdings erst noch die Geschichte beweisen. Fest steht jedoch schon heute, und dieses der „Roten Schwindel-Fahne" zur Genugtuung, daß Koenen von Barmat noch nicht allzuhoch eingeschätzt wurde. Doch was nicht ist, kann noch werden, und durch die Gewerkschaftsparole steigen die KPD.-Götter ohne weiteres im Preis bei dem Klassenfeind.

Uebrigens wartet das klassenbewußte Proletariat noch immer auf das Resultat des Untersuchungsausschusses im Fall Koenen-Barmat.

An die Leser der „Roten Fahne" müssen wir nun dieselbe Aufforderung richten, derer sich jeder Arbeiter beim Lesen des Stampfers-Organs befleißigen muß:

„Achtung! Mit äußerster Vorsicht genießen."

Achtung! Postbezieher!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. — Wir ersuchen, den fälligen Betrag für empfangene Zeitungen umgehend einsenden zu wollen. Wir weisen erneut darauf hin, daß Rückstände von mehr als vier Nummern sofortige Einstellung der Belieferung zur Folge haben. Genossen, denkt daran, daß es Eure Zeitung ist, deren Erscheinen Ihr durch nachlässiges Abrechnen in Frage stellt.

Darum, Genossen, kommt pünktlich Euren Pflichten nach.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

„Proletarier"

Zeitschrift für revol. Klassenkampf.

Heft 6. Preis 0,30 Mk.

Aus dem Inhalt: Die Perspektive des Kapitalismus. Taylor und Fordismus. Ueber die Frage Partei oder Klassendiktatur. Klassenmoral, die Stütze des proletarischen Selbstbewußtseins. Im Zeichen des Kreuzes. Weintrauben. Bibliographie.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder direkt von der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauerstraße 49.

Mitteilungen

Druckfehlerberichtigung.

In dem Artikel „Der deutsche Arbeiter als Weltkuli", in der „KAZ.", Nr. 28, ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß dort heißen: **Der Gesamtpreis beträgt 99 500 Pfund. Das englische Angebot belief sich auf rund 150 000 Pfund, ein amerikanisches auf 120 000 Pfund.**

GROSS-BERLIN.

Achtung! Kombinierte Sitzung!

Am Freitag, den 17. April 1925, abends 7 Uhr, findet in der Schule Gipsstraße eine wichtige kombinierte Sitzung statt. Alle in Frage kommenden Genossen haben unbedingt zu erscheinen!

Achtung! Bezirksführer! Die Sitzungen der Bezirksführer finden künftig stets Dienstags statt. Die nächste Zusammenkunft ist am Dienstag, den 21. April, abends 7 Uhr, an bekannter Stelle.

Achtung! Pressekommission! Die Sitzungen der Pressekommission findet von jetzt ab immer Montags an bekannter Stelle statt. Die nächste Zusammenkunft ist am Montag, den 20. April.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ B. Gesciski, Nöroweer Straße 40, Laden.
Osten: K. Herold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ **Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.**
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl Volgt, SO, Grünauer Straße 7.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112.
Centrum: J. Schurl, Brickenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 43.
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Helland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klumpp, Dönhofstraße 28, Gth.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Nowawes: Hermann Weiß, Augustsstraße 39.
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45.
Rosenthal: Th. Jähnicke, Edelweißstraße 36 II.
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel X

Ich bestelle hiermit die

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

6. Jahrg. Nr. 30

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 Geschäftsstelle für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der große Massenfang

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der große Wahlrummel, zweite Auflage, hat begonnen. Die Schreibkulis vom Pressesumpf des Parlamentarismus müssen von neuem ihre Kunst aufbieten, die Massen von der Notwendigkeit dieses Theaters zu überzeugen. Was beim ersten Akt noch versteckt blieb, muß nun aus den untersten Ecken der Schmutzkästen hervorgezaubert werden, um den Gegner damit zu vernichten. Der Kampf um die beiden Gegenkandidaten des Groß- und Kleinbürgertums muß unbedingt mit allen Mitteln der Volksverdummung eine Lösung finden. Hie Hindenburg-Republik. — hie Marx-Republik. — wer wird den Sieg erringen und das Volk aus den Dreck ziehen.

Hie Monarchie, hie Republik, versucht die Presse der SPD. und der KPD. die Erklärung zu bringen. „Kein einziger Proletarier darf diese Entscheidung versäumen, es gilt die eigene Zukunft, die Rettung!" Wie sie sich da streiten, die großen Massenorganisationen des Proletariats, obwohl sie genau wissen, daß sie nur den Lakaien der Gesamt-Bourgeoisie spielen.

Aber sie müssen schreien, ganz gleich für wen, denn sie sind ein Stück des Parlamentarismus, das gezwungen ist, jeder Wahlenthaltung entgegen zu treten. Schreien aus Leibeskräften gegen Hindenburg, denn sie rechnen sich ja zu dem Linksblock, ganz gleich, ob die KPD. zum Schein noch eine Sondernummer liefert, Thälmann, den starken Zugkandidaten. Als Hauptsache gilt es zu verhindern, daß Hindenburg, „der treue Kriegskamerad Eberts" als Nachfolger Eberts an die Spitze dieser kapitalistischen Republik in den Sattel gehoben wird. Es gilt zu beweisen, daß Hindenburg nicht befähigt ist, diese Stelle einzunehmen, daß es sich nur um einen Arbeitervertreter handeln kann, der gewählt werden muß. Alle Seiten der einzigen Arbeiter-Zeitung, der „rosa-roten Fahne", sind vollgeschmiert mit diesen Metzgen, nicht minder die Seiten des „Vorwärts", des künftigen Bruderorgans in der großen Einheitsfront Amsterdam-Moskau.

Diese goldene Einheitsfront beweist sich auf der ganzen Linie der 3. Internationale. Sie ist die Linie der Sozialdemokratie, die die kleinbürgerlichen Massenfänger im Parlamentarismus.

In Frankreich in der neuen Parallelkrise des Reichsparlaments bringt sie dasselbe zum Ausdruck. Die „Rote Fahne" vom 17. April schreibt:

„Die Kommunistische Partei sieht die Entwicklung, die kommenden Vorstöße gegen die Nichtbesitzenden voraus. Sie hat an die sozialdemokratischen Arbeiter („nicht, wie die bürgerlichen Quellen irrtümlich meldeten, an die sozialdemokratische Parteileitung") einen Offenen Brief gerichtet, in dem sie aufgerufen werden, im Kampf gegen den reaktionären Senat, gegen die Vorherrschaft der Großbanken, gegen die wachsende Faschistengefahr, gegen die ausplündernde Inflationspolitik, für eine ausgiebige Kapitalsabgabe des Großkapitals, für eine Arbeiter- und Bauernregierung die Einheitsfront der Werktätigen zu schließen."

Also die Einheitsfront der sozialdemokratischen Massen gegen einen bürgerlichen Sachverwalter des kapitalistischen Staates, für einen proletarischen Lakaien derselben Staatsordnung. Arbeiter- und Bauernregierung usw., wie alle die schönen Klänge lauten, die den Arbeitern die Werbetrommel entgegenrührt.

Das, was die KPD. den SPD.-Arbeitern Frankreichs entgegenruft, ruft der „Vorwärts" der KPD. zu:

„Nichts könnte also törichter sein, als sich jetzt der Stimme zu enthalten, oder gar für die gänzlich aussichtslose Kandidatur Thälmann zu stimmen, jede nicht abgegebene Stimme, aber auch jede Stimme für Thälmann bedeutet die direkte Unterstützung Hindenburgs. Der ernste Augenblick für die Arbeiterschaft erfordert die Teilnahme am politischen Leben, erfordert die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf den einen, zunächst erreichbaren Punkt, und das ist die Sicherung der Wahl des Kandidaten der republikanischen Parteien, Wilh. Marx!"

Die Einheitsfront des proletarischen Stimmviehs wird geschaffen werden. Die Millionenmassen werden gefesselt an all die eingewurzelten Illusionen, den Kontrrenzwahlrummel wieder mitmachen. Die großen parlamentarischen Organisationen werden wieder einen großen Sieg gegen das Proletariat, gegen den Klassenkampf buchen können. So wird das Proletariat von der Erkenntnis abgehalten, wie auf der andern Seite mit ihm Schindluder getrieben wird.

Der politischen Offensive des Kapitals steht die immer größere Verdummung der Arbeiterklasse gegenüber. Massenfang und parlamentarische Parade, statt Sammlung und Organisation der Proletariermassen im Sinne der proletarischen Revolution, der Vernichtung des kapitalistischen Staates.

Ideologische Versumpfung im Parlamentarismus, statt Festigung des revolutionären Rätegedankens.

Das Kapital zeigt deutlicher wie je die ausgeprägte Klassenherrschaft. Den Illusionen des Proletariats, der demokratischen, parlamentarischen und gewerkschaftlichen Harmonieduselei stellt es den brutalen Kampf entgegen. Die illusionären, beruflichen Kleinstreiks beantwortet es mit großen, aber ganz systematischen Massenaussperrungen, wie augenblicklich in den Berliner Großbetrieben der Metallindustrie; und das Parlament, das nicht kapitalistische Interessen vertritt, oder den Kampf des Kapitals aufdeckt, ganz gleich ob bewußt oder unbewußt, wird seiner Funktion enthoben, wie das augenblicklich wieder in Frankreich der Fall ist. Rücksichtslos kann der Kapitalismus diesen Kampf führen, weil die Illusionen, die von den reaktionären Arbeiterorganisationen unter Amsterdam und Moskau die Zuspitzungen der Klassengegensätze, den Klassenkampf in jeder Beziehung verschleiern, den Kampfcharakter im Proletariat ertöten.

Nicht das Proletariat, die ungeschulte Masse der Arbeiterschaft ist Schuld an diesen Verhältnissen, der Selbstvernichtung der Arbeiterklasse, sondern die parlamentarischen, gewerkschaftlichen Organisationen, die sich an die Spitze des Proletariats gestellt haben, und das Proletariat durch alle ihre Massentangmanöver vom Klassenkampf ablenken.

Gegen diese Organe muß das Proletariat sich zu allererst wenden, um den Weg für die Schaffung der Räteorganisationen frei zu haben. **Nur mit den selbstgeschaffenen Klassenkampforganisationen kann sich das Proletariat von der Herrschaft des Kapitals befreien.**

Großes Attentat in Bulgarien

Die „Rote Fahne" meldet:

Sofia, 16. April. Anläßlich einer Trauerfeier des Zankoffregierungs um einen ermordeten General in der großen Kathedrale explodierte eine Höllenmaschine. Es werden 200 Tote und über 200 Verletzte gemeldet. Zar selbst und noch zwei Mitglieder seiner Regierung sollen schwer verletzt sein. Der Polizeipräfekt und der Bürgermeister von Sofia, sowie zahlreiche führende Politiker der Zankoffclique und hohe Militärs sind tot. Die Regierung ließ sofort den verschärften Belagerungszustand über das ganze Land verhängen. Die Grenzen nach dem Ausland sind vollkommen abgesperrt. In Sofia und dem ganzen Lande werden Massenverhaftungen vorgenommen.

„Die Regierung behauptet in ihrer offiziellen Mitteilung, daß es sich um einen „agrarkommunistischen" Anschlag handle. Die Attentäter seien „Kommunisten".

Die serbische Presse veröffentlicht einen Geheimbefehl der Zankoff-Regierung. In diesem Befehl wird unter dem Vorwand eines geplanten „Kommunistenaufstandes", der am 15. April ausbrechen sollte, die genaueste Registrierung und Überwachung aller Kommunisten, gewesener Mitglieder der Kommunistischen und Bauernpartei und sonstiger „verdächtiger" Elemente angeordnet. Es wird angeordnet, daß diese beim kleinsten Anzeichen von Unruhen sofort verhaftet, und die als „Führer" registrierten Personen ohne Untersuchung und Verhör sofort erschossen werden sollen. Die Familien der Betreffenden sollen ebenfalls ausgerottet, ihre Häuser angezündet und zerstört werden.

„Nach diesen vorbereiteten Maßnahmen der Banditenregierung ist zu erwarten, daß das Attentat in Sofia zum Anlaß genommen wird, um loyal in den Provinzen mit unzufriedener Bauernbevölkerung die angedrohten Maßnahmen zu verwirklichen.

Die Frankeninflation

Die französische Wirtschaft befindet sich etwa in dem Stadium, in dem sich die deutsche um 1922 herum befand. Die Wirtschaft ist „gesund", so „gesund", daß die einheimischen Arbeiter nicht ausreichen und rund 500 000 fremde Arbeiter ins Land gezogen werden mußten. Das deutsche Beispiel vor Augen, „kämpft" alles gegen die Inflation: Regierung, Finanz, Schwerkapital, Krämer, Sozialdemokratie und Gewerkschaften, jeder Proletarier einzeln; insbesondere der sehr große Rentnerstand, der sein Einkommen schwinden sah, wie jener betrübte Lohgerber, dem seine Felle wegschwammen.

Die „radikalsozialistische" Regierung Herriot erfüllte dem Schwerkapital und der Hochfinanz jeden Wunsch. Um sich Bundesgenossen im „Kampf gegen die Inflation" zu schaffen, warf sie ihnen Milliarden um Milliarden in den Rachen. Natürlich nicht, um sich die Saffiansessel zu erhalten und das Drum und Dran, sondern „im Interesse des Volkswohls". Die proletarischen Steuern ging es drauf, die Staatskassen leerten sich ohne sozialdemokratische Barmats, Kutiskers, Bauers, die Staatsfinanzen zerrütteten, die Preise stiegen, der Franken sank, man druckte Noten. Erst die Hunderttausende, dann Millionen, dann Milliarden um die schwindenden Umlaufmittel zu ergänzen. Denn der „Kampf gegen die Inflation kostet Geld und wiederum Geld. Um Geld zu bekommen für den Kampf gegen die Inflation gab die Regierung dem Saargebiet und Madagaskar eine eigene Währung und zog sie 400—500 Millionen Franken herr aus und — gab sie dem Schwerkapital als Darlehen! Daß Hochfinanz und Schwerkapital ein Interesse daran haben, die Milliardensummen „Darlehen" entwertet zurückzuzahlen, am besten, wenn man eine Lokomotive mit einem Zündholz bezahlen kann, diese Gedanken kamen den Herrgöttern, den „radikalsozialistischen" nicht. Denn kein Lakai traut seinem Herren eine Hinterhältigkeit zu. Für Milliarden kann man Offenheit verlangen. Und die Proletarier lehnten ihren „obligatorischen" Achtstundentag für ihre Gefolgschaft. Den dehnbaren, dyn im Prinzip, nicht den starren, versteht sich.

Während man im Parlament Wimpchen machte zur „Bekämpfung der Teuerung", während parlamentarische Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Zahlennebel gegen die Inflation fochten, arbeitete Hochfinanz und Schwerkapital an der Entwertung des Franken. Wir kennen Ursache und Wirkung aus der demokratischen Republik preußischer Kohlen und können uns lange Analysen darüber ersparen. Das französische Kapital hat die Krallen im Nacken des deutschen Proletariats. Die Reparationen sind das A und O der französischen Wirtschaft. Die Reparationen selbstverständlich, die in Deutschland parlamentarische Arbeiterparteien und Gewerkschaften aus dem deutschen Proletariat schinden, nicht jene, die Frankreich selbst an Amerika zu leisten hat, ihm aber bewußt vorenthält. Wenn die „sozialistische" Regierung Herriot auch nicht weniger reaktionär war als die ultrareaktionärste Regierung irgend eines anderen Staates, so wirkte sie doch auf die kleinbürgerlich eingestellten Proletarier mit ihrem angeblich roten Lappen und machte sie begehrlich. Demgegenüber mußte Hochfinanz und Schwerkapital den Beweis antreten, daß Arbeiter, resp. ihre vermeintlichen Vertreter nichts vom Regieren verstehen. Man arbeitete gemeinsam an der Entwertung des Franken, steigerte seine Forderungen an den Staat um neue Notenemissionen zu erzwingen, führte Franken außer Landes, erzwang Steuerreduktionen und zahlte die reduzierten Steuern nicht!

Jeder der weiter sieht, als Gewerkschaften und Polizei es erlauben, sah lange voraus, wie der „Kampf gegen die Inflation" enden würde. Auch die Herriots und Konsorten sahen dies, glaubten sich aber der Stütze der Hochfinanz und des Schwerkapitals sicher, da sie ja in deren ausschließlichem Interesse arbeiteten, da sie die neuen Notenemissionen nur für die Industrie herausbrachten. Jeder, der kein ökonomischer ABC-Schütze ist, wußte, daß die ungedeckte Notengrenze überschritten sein mußte, und daß die Bank von Frankreich falsche Bilanzen herausgab. Sicher aber wußte dies die Regierung Herriot, die die Noten drucken ließ, und Hochfinanz und Schwerkapital, die die Noten bekamen, „im Interesse des Volkswohls" und des Pazifismus. Mit einem gegenseitigen sich-zu-blinzeln, System 3. Internationale, wurde

der Bund immer wieder aufs neue besiegelt. Als auch die Dümmsten schon merkten, wohin die Rutschbahn ging, schickte Herriot seinen Freund und Finanzminister Clementel, der am 1. April 1925 der Kammer einen Gesetzentwurf vorlegte, 5 Milliarden neue Noten herauszugeben. Man könne ja zugeben, was jeder sehe und ein bißchen Frankenunflation machen. Hochfinanz und Schwerkapital aber handeln nach dem Grundsatz: so tut man, spricht es aber nicht aus. Man warf der Regierung „bewußte Inflationspolitik" vor. Clementel mußte in der Versenkung verschwinden. Im April kam auch die Bank von Frankreich mit der richtigen Bilanz. Es erwies sich, daß die gesetzliche Notengrenze von 41 Milliarden Franken um rund 2 Milliarden überschritten war, daß der Notenumlauf 2 100 896 650 mehr betrug „als in der Vorwoche". D. h. um diese Summe hatte die Bank von Frankreich, die Bank der „radikalsozialistischen" Regierung ihre Bilanzen gefälscht.

Dem Vorstoß mit der Bankbilanz folgten andere. Hochfinanz- und Schwerkapital schoben die Millionen Rentner mit ihren Inflationsrenten vor. Man erzählte ihnen, daß der Achtstundentag die Ursache der Inflation sei. Infolge des Achtstundentages seien die 500 000 fremden Arbeiter nötig gewesen. Zu ihrer Ernährung mußten Lebensmittel ein-, und Franken ausgeführt, mußten neue Franken gedruckt werden. Dies sei die ganze Kunst der Inflation. Ohne Achtstundentag sei jede Wirtschaft kerngesund. Bei einer Masse, die sich bei den Parlamentswahlen als Gradmesser für die politische Reife eines Staatswesens hält, namentlich, wenn sie gewerkschaftlich „geschult" ist, zieht das. So mußte das Kabinett Herriot seinem Versuchskarnickel Clementel am 10. April in den Riß der Geschichte folgen. Durch eine Inflationswelle an die Oberfläche gespült, mußte es durch dieselbe selbst vergrößerte Welle in die Versenkung.

Die Herriot-„Sozialisten" haben sich in ihren eigenen Schlingen gefangen. Clementel — der auf dem „linken" Flügel der „Radikalsozialisten" stand — wurde von ihnen selbst gestürzt, um sich in den Sesseln zu halten. Auf die Struktur der französischen Wirtschaft übertragen, haben die gestürzten „Radikalsozialisten" in Frankreich dieselbe Rolle gespielt, wie in Deutschland die Scheidemänner, wie in England das Macdonald-Kabinett. Das französische Kapital hat sich auf Kosten des Staates, d. h. auf Kosten der Verelendung des Proletariats bereichert, und den Gewerkschaftsgetreuen ist der „Beweis" erbracht, daß ihre „Vertreter" es nicht besser, sondern nur schlechter machen können als die Vertreter des Kapitals. In die aufkeimende Internationalität der Arbeiterbewegung ist der Keil getrieben. Das französische Proletariat hat den „Beweis", daß es durch die ausländischen Arbeiter um seinen wertvolleren Franken gebracht wurde und die Teuerung aufgehalst bekam. „Mehr arbeiten, weniger verbrauchen", ist die nächste Etappe der französischen Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien, um wenigstens die untergeordneten, aber hochbezahlten Lakaienposten beim Kapital zu behalten. Die Herriots haben sogut wie die Scheidemänner und Macdonalds die Arbeiterbewegung zurückgeschlagen und der internationalen Reaktion die Bahn geebnet. Die Morgan'schen 300 Millionen Franken sind verstabilisiert, die „Gesundungskrise" kann beginnen. Abbau, Steuererhöhung für das Proletariat, Beseitigung des Achtstundentages sind die nächsten Wohltaten, die der französischen Arbeiterklasse aus ihrer Arbeiterregierung sprießen.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Allgem. Arbeiter-Union : Komm. Arbeiter-Jugend

Große öffentliche Versammlungen
am Freitag, den 24. April, abends 7 Uhr
im

Norden: Moabiter Gesellschaftsh., Wiclevstr.
Osten: Andreas-Festsäle, Andreasstraße
Süden: Restaurant Karlsgarten, Neukölln, Karlsgartenstr.

Thema:
Hindenburg — Marx — Thälmann
und das revolutionäre Proletariat

Klassengenossen, erscheint zahlreich!

Politische Rundschau
Eine Serie von Ebert-Prozessen

Von den Prozessen, die wegen Beleidigung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert anhängig sind, sind eine Reihe von den Gerichten an den Staatsgerichtshof verwiesen worden. In diesen Sachen ist angenommen, daß durch die Beleidigung Eberts auch die republikanische Staatsform herabgewürdigt sei und daß deshalb ein Verzehen gegen das Republikschutzgesetz vorliege. Darunter ist auch die Strafsache gegen den bekannten völkischen Abgeordneten Dr. Gansser.

Jetzt sind 15 Sachen zur gemeinsamen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof verbunden und dem Süddeutschen Senat zugewiesen, da die überwiegende Mehrheit der Angeklagten, wie Dr. Gansser, Pfarrer Stempfle, Redakteur des „Miesbacher Anzeigers", Redakteur Rosenberg vom Völkischen Beobachter" aus Süddeutschland stammt. In dem Verfahren sollen eine Reihe von Zeugen darüber gehört werden, daß Ebert die Landesverteidigung gefördert habe; unter ihnen befindet sich der Casseler Oberbürgermeister Philipp Scheidemann, der bekanntlich durch sein Fernbleiben die Vertagung des Magdeburger Prozesses veranlaßt hat. Auf Anfrage des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes hat Scheidemann aus dem Süden gedrahtet, daß er hoffe, Ende Mai wieder in Deutschland zu sein. Der Staatsgerichtshof muß die Beendigung des Magdeburger Prozesses erst abwarten, da die Akten gegen den Redakteur Rothardt herangezogen werden sollen. Der Verhandlungstermin soll erst nach Beendigung des Magdeburger Prozesses neu anberaumt werden.

Wahrlich, der Herr aller Heerscharen nahm seinen frommen Knecht entschieden zu früh zu sich. Das Proletariat hätte noch manche nette Aeußerung aus dem Munde dieses „großen" Sozialdemokraten, energievollen Gewerkschaftlers und äußerst tüchtigen Genossenschaftlers hören können, das wert gewesen wäre, dem kämpfenden Proletariat der Jetztzeit immer und immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. Die Bourgeoisie gebrauchte notwendig den Verrat dieser sozialdemokratischen Kanaillen und Lumpen, doch lieben und achten tun sie diese Kreaturen, diese Emporkömmlinge nicht.

Vom revolutionären Proletariat endlichst verachtet, mit Ekel sich jeder klassenbewußte Arbeiter von diesen kleinbürgerlichen Kreaturen wendet, zynisch grinsend von der Bourgeoisie verhöhnt, als größte Lumpen und lächerlichste Jammerlappen der Weltgeschichte, stehen sie da, die einstmals Mahner und Wecker der proletarischen Revolution sein wollten.

Sie, die „internationale" völkerbefreiende, kaiserliche republikanische, „rote", schwarzweißrote, schwarzrotgelbe Sozialdemokratie. Das Proletariat als Klasse hat scheinbar dieser Sippe verziehen, genau so, wie es noch zum größten Teil an die Kraft, an die Gestaltungskraft des Kapitalismus, an ein besseres Dasein unter der Profitwirtschaft glaubt. Doch der ständig wachsende Druck der Weltbourgeoisie auf das Weltproletariat, der systematisch zur Folge die Wiederholung all der Gemeinheiten gegen das Proletariat, verübt durch die Erben Eberts hat, sogar noch eine Steigerung, wenn möglich, erfahren kann, wird und muß das augenblicklich ziemlich dahintrümmerte Proletariat wieder auf den Plan rufen, d. h. es muß sich gegen den ihm zugedachten Vernichtungsfeldzug zur Wehr setzen. Nicht entscheidend in der Weltgeschichte ist, was die Menschen tun wollen, sondern was sie tun müssen. Von 1914 bis 1918 wollten die deutschen „Helden" unter der Assistenz Eberts und Konsorten siegen und mußten, viele gegen ihren Willen, so auch „Ebert der Große", nebst seinem Schwarm ehrgeiziger Parvenüs, eines Tages etwas anderes tun. Das Proletariat als Klasse unermüdlich zur neuen geschichtlichen Aufgaben hinzuweisen, im Kampf gegen das Kapital und all seine Stützpunkte das Proletariat voranzutreiben und selbst in der Tat voran zu gehen, soll unsere Aufgabe sein.

Deutsches Kulturbild

Dem „Berliner Tageblatt" vom 12. April 1925 entnehmen wir wörtlich folgenden Bericht:

„Das Elend im Waldenburger Bergrevier.

Wochenverdienst von 12 Mark' — Ein Hilferuf.

Der Gewerkverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (Hirsch-Duncker) versendet einen Hilferuf zugunsten des niederschlesischen Bergreviers Waldenburg, der erschütternde Bilder von dem Elend der dortigen Bergarbeiterbevölkerung entrollt. Der Steinkohlenbergbau im Waldenburger Revier war schon in der Vorkriegszeit nur beschränkt konkurrenzfähig, weil er infolge ungünstiger Gebirgs- und Flözverhältnisse mit außergewöhnlichen hohen Selbstkosten arbeitete. Immerhin war damals die Lage nicht so katastrophal wie heute, weil ein großer Teil der Förderung in den benachbarten böhmischen Gebieten willige Abnehmer fand. Diese Verbindung ist aber infolge der politischen Entwicklung und der Umstellung der tschechoslowakischen Industrie auf den Braunkohlenverbrauch fast ganz verloren gegangen und die Erschließung neuer Absatzgebiete ist bei den heutigen Frachtsätzen ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb mußten die meisten Gruben ihre Förderung verringern und die ohnehin niedrig bezahlten Bergleute müssen sich mit ein bis zwei Feierschichten in der Woche abfinden. So kommt es, daß nicht wenige Arbeiter ihre Familien mit einem Wochenverdienst von 12 Mark ernähren müssen. Die Zahl, das unter diesen Umständen herrscht, erinnert an die erschütternden Bilder aus dem Leben der schlesischen Weber im vorigen Jahrhundert, die wir aus Gerhart Hauptmanns Werk kennen. Eine Denkschrift des Magistrats der Stadt Waldenburg stellt fest, daß auch ein Vollverdiener nicht mehr in der Lage ist, allen Anforderungen der bescheidensten Lebenshaltung gerecht zu werden. Die Lasten des Wohlfahrtsamts haben sich seit 1914 verzehnfacht; auch die gewerblichen Kreise sind infolge der mangelnden Kaufkraft der Bergarbeiterbevölkerung völlig verarmt. 30 Prozent aller Schulkinder sind krank; Skrofulose, Rachitis und Tuberkulose richten furchtbare Verwüstungen an. Viele zehnjährige Kinder müssen schon mitverdienen helfen, viele kommen ohne Frühstück zur Schule, viele müssen das warme Mittagessen entbehren, viele statt im Bett auf der Diele oder auf einer harten Bank schlafen.

Hier muß ungesäumt und gründlich geholfen werden, wenn eine Katastrophe in letzter Stunde noch abgewendet werden soll. Eine Verbindung des Regierungspräsidenten von Breslau mit dem Reichsarbeitsministerium, die vor etwa drei Wochen stattfand, hat leider noch keine Früchte gezeitigt. Die Stelle, die am ehesten in der Lage wäre zu helfen, ist die Reichsbahn, die sich entschließen müßte, ihre Dienstkohlen statt aus Polnisch-Oberschlesien aus dem Waldenburger Revier zu beziehen. Freilich müßten in dem Feuerungssystem der in Schlesien verkehrenden Lokomotiven gewisse Aenderungen vorgenommen werden, da das Waldenburger Waldenburger Steinkohle voll auszunützen; aber dieses verhältnismäßig kleine Opfer muß gebracht werden.

Auch die Reichsregierung, die bei der Unterstützung der Schwerindustrie im Ruhrgebiet durch die Gewährung der 700 Millionen Mark eine so offene Hand gezeigt hat, wird wohl dem bedrängten Revier durch Steuererleichterungen usw. zu Hilfe kommen müssen, ehe es zu spät ist. Das Elend der Bevölkerung im Waldenburger Bergrevier ist groß genug, es ist wohl das größte in Deutschland, und es ist Pflicht aller behördlichen Instanzen, hier schleunigst zu helfen."

Bekanntlich muß dem deutschen Proletariat stets nachgewiesen werden von anderer Seite, wie schlecht es ihm geht, sonst glaubt es an sein eigenes Leid, an seinen Untergang nicht. Der Zweck dieser Notiz ist natürlich nicht, um den Bergarbeitern zu helfen, sondern um sie eventuell zu beruhigen und für den Wahlrummel einzufügen. Die Anspielung, aber recht bescheidene, auf die 700 Millionen der Regierung für die Ruhrindustrie, ist charakteristisch dafür.

Nur Narren werden glauben können, daß die Reichsbahn-A.G., die soundsoviel Profit jährlich abwerfen muß, auch nur 1 Tonne teurere Kohlen aus dem Waldenburger Revier beziehen wird, um dort die Bergarbeiter vor dem glatten Verrecken zu bewahren. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Es sind nach den kapitalistischen Wiederaufbauversuchen und dementsprechenden kapitalistischen Notwendigkeiten eben 15 Millionen oder sogar 20 Millionen in Deutschland zuviel. Die müssen auswandern, und da wo anders auch die Gänse barfuß laufen, d. h. kapitalistische Profitwirtschaft herrscht und durch den Krieg die Todeskrise des Kapitalismus eingeleitet wurde, also überall in der Welt arbeitslose Lohnsklaven in Hülle sind, muß die Auswanderung der überflüssigen Fresser nach den Friedhöfen und Urnenhainen stattfinden.

Das Proletariat muß auch den schleimigen Ton der Hirsche und des „Berliner Tageblattes" richtig würdigen. Nur, weil tatsächlich die Waldenburger Bergleute sich apathisch in ihr Schicksal ergeben und noch immer auf „Gottes Hilfe" bauen, getreu nach dem Vorbild Eberts und jetzt noch Adolf Hoffmanns, des „Freigelstes" von ehemals, wird in billigen Zeitungsnotizen ihrer wohlwollend und gnädigst gedacht, bis man sie zur Wahlurne für den Pfaffen Marx geschleppt hat. Nachher wird man sie nicht mehr erwähnen, es sei denn, daß sie das Banner des befreienden Klassenkampfes entfalten, dann wird man in ihnen nur noch die rote Horde sehen, die abgegrubelt werden muß. Deutsches Proletariat, das Schicksal der Waldenburger Bergsklaven ist dein eigenes. Rettung bringt dir kein Gott, kein Kaiser und auch kein Tribun, deinen Klassenfeind besiegen und enteignen muß du als Klasse schon selber tun.

Die „Reinigung" der Welt in der Praxis

Trotz Abrüstungsgeschrei Eberhaltes Wettrüsten überall.

London. In Erwiderung einer Anfrage sagte Hoare im Unterhaus: Die Stärke der Luftflotte der Marine, des Heeres und der Kolonialtruppen Frankreichs belaufe sich nach den letzten vorliegenden Informationen auf ungefähr **140 Geschwader zu je neun Flugzeugen.** Die Zahl umfasse nicht die in Bildung befindlichen neuen Geschwader. Die Zahl der allein in Europa stationierten Geschwader betrage 110. Ueber die Zahl der Reservemaschinen lägen keine Nachrichten vor.

Die englische „Westminster Gazette" meldet: **Truppenflugzeuge, womit 200 ausgerüstete Infanteristen mit einer Geschwindigkeit von 100 Meilen in einem Fahrzeuge transportiert** werden können, seien in Vorbereitung. Weiterhin würden für den Marinedienst **große fliegende Boote,** welche etliche Tage auf See bleiben können, gebaut. Das erste derartige Flugzeug mit einem Marinemotor wird gegenwärtig in Felix Stove ausprobiert. Es ist mit Nebelhörnern, Suchlichtern, Ankern und ähnlichen Gegenständen ausgerüstet und kann mehrere Wochen auf See bleiben. Auch **neue Typen großer Bombenflugzeuge** sind bereits fertiggestellt. Sie lassen viel bis acht Personen und können ohne Landung 200 Meilen zurücklegen. Sämtliche Luftstreitkräfte werden mit Fallschirmen ausgestattet, wozu ein American-Irving-Typ zwecks Ausprobierung eingetroffen ist. —

Die **Washingtoner Konferenz** hatte vorgesehen, daß **Frankreich** ab 1927 jährlich ein Großkampfschiff von 37 000 Tonnen bauen dürfe. Frankreich habe aber statt dessen die Absicht, **zwei Schlachtkreuzer von je 17 500 Tonnen zu bauen.**

Ferner wird darauf hingewiesen, daß das französische Bauprogramm an Nebenschiffen viel größer ist als in ihrgendenem anderen Land. **England baue zur Zeit 16 Unterseeboote und sieben Unterseeboote, Amerika neun Unterseeboote, Frankreich dagegen sechzehn Zerstörer und dreizehn Unterseeboote.** Projektiert seien in England zwei Zerstörer. Das französische Bauprogramm sehe aber 47 **Zerstörern und 47 Unterseebooten** vor. Das französische Programm an Unterwasserschiffen erregt in England besondere Bedenken, seitdem der marinetechnische Vertrauensmann von Poincaré, Kapitän Sorb, von einigen Tagen in einer Zeitschrift auseinandergesetzt hat, daß es möglich sein werde, England mit 150 französischen Unterseebooten zu blockieren und auszuhungern. —

Der Prager Presse entnehmen wir: Das jetzt unter dem Namen „Los Angeles" segelnde **Luftschiff Z. R. 3** — das bekanntlich von Deutschland als **„Reparationsleistung"** dem Dollarimperialismus als **„friedliches Verkehrsmittel"**

(Fortsetzung auf der 4. Seite.)

Moses Heß, ein Vorkämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung

(Schluß.)

Mit welchem Erfolg sich Heß in ökonomisch-historische Studien vertiefte, davon zeugen besonders vier Artikel von ihm aus den Jahren 1847, die über die Folgen einer Revolution des Proletariats handeln und in der „Deutschen Brüsseler Zeitung" erschienen. In Brüssel hatte Heß letzt seinen Wohnsitz. Er stand in persönlicher Berührung mit Karl Marx und Friedrich Engels und präsidierte u. a. den von Marx gegründeten deutschen Arbeiterverein in Brüssel. Es war die Zeit, in die geistige Führung der deutschen Kommunisten an die beiden Väter des wissenschaftlichen Sozialismus überging. Die beiden verdienten Männer, die vorher für die Wortführer des deutschen Kommunismus galten, Weitling und Heß, sahen sich also in die zweite Reihe gerückt. Sie nahmen dies aber sehr verschieden auf. Während Weitling sich absolut nicht in die veränderte Situation zu schicken wußte, trat Moses Heß selbstlos, bloß die Sache im Auge, hinter die überlegenen Geister zurück, um unter ihrer Führung zu kämpfen. Persönlich unangenehm berührt, zeigte er sich erst, als das Kommunistische Manifest 1848 zum Vorschein kam und nun auch gegen ihn wegen seines früheren philosophischen Sozialismus, den er inzwischen mit dem ökonomisch-historischen vertauscht hatte, zum Teil nicht ganz gerechte Angriffe schleuderte; Heß sachliche Stellungnahme aber hat auch dadurch keine Aenderung erfahren. Der Ausbruch der Februarrevolution verschlug ihn von Brüssel nach Paris, wo er zunächst unter den deutschen Arbeitern eifrig im sozialistischen Sinne tätig war. Nach Deutschland kehrte er dann zurück, um in Baden mit der Waffe in der Hand für die Revolution zu streiten. Er war dann auch als Opfer der Standrechtsmorde ausersehen. Ein Todesurteil wurde über ihn verhängt. Aber zum Glück erwischten ihn die Preußen nicht, sondern er fand zunächst eine Zuflucht auf Schweizer Boden, wo er 1851 in Genf eine neue sozialistische Schrift erscheinen ließ. Taktische Meinungsverschiedenheiten hatten damals den Kommunistenbund gesprengt in die Gruppe um Marx und Engels und die Fraktion Willich-Schapper. Heß gehörte zu dieser auf schleunigen Losschlagen bedachten Gruppe, wobei außer seinem sanguinischen Wesen auch in Betracht kommt, daß er in Baden unter Willichs Führung gefochten hatte. Das hindert ihn aber nicht, auch in diesem Schriftchen Karl Marx im übrigen als den „Führer der deutschen Sozialisten" anzuerkennen. Dabei ist er auch geblieben, obwohl Marx demnächst im Zusammenhang mit dem Kölner Kommunistenprozeß gegen Heß einen scharfen und, wie man hinzufügen muß, ungerechten Angriff erhoben hat.

Die Revolutionshoffnungen, die Heß im Jahre 1851 noch unterhielt, stellten sich als trügerisch heraus, als zu Ende des Jahres der Staatsstreich in Frankreich erfolgte, auf den Heß besonders gebaut hatte. Die Reaktionszeit verbrachte er größtenteils in Paris, wo er bis zu Anfang der 60er Jahre blieb, hauptsächlich damit beschäftigt, durch naturwissenschaftliche Studien seine Weltanschauung auch nach dieser Seite hin exakt zu begründen. Der Regierungswechsel in Preußen und die Amnestie bahnten ihm den Rückweg in die Heimat. 1861 ließ er sich wieder in Köln nieder, und hier vollendete er zunächst ein Buch, das nicht recht in den Rahmen seines sonstigen Lebenswerkes passen will, „Rom und Jerusalem" von Moses Heß (1862) gehört zu den ersten Kundgebungen des Zionismus. Trotzdem blieb er Sozialist und machte einen scharfen Trennungsstrich zwischen den jüdischen Anhetern des goldenen Kalbes, mit denen er nichts zu schaffen haben wollte, und jenen Armen, mit denen er sich allein wahlverwandt fühlte. Daß er dem Sozialismus treu geblieben, zeigte sich dann auch 1863, als Lassalle die Fahne der Arbeiterbewegung wieder erhob. Zu den ersten, die am Rhein für die Sache eintraten, gehörte Moses Heß in Köln. Er übergahm dort das Amt eines Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und war aufs eifrigste tätig nicht nur in Köln, sondern auch an anderen Stellen des Rheinlandes, wo er Vorträge hielt; schriftstellerisch machte er durch die „Rechte der Arbeit" Propaganda, eine Agitationsschrift, die Lassalles wärmsten Beifall fand, wie er überhaupt auf die Mitwirkung von Heß größten Wert legte und auch keine französische Uebersetzung seines „Bastiat-Schulze" aus der Feder von Heß wünschte, als dieser seit Ende 1863 wieder in Paris seinen Wohnsitz aufgeschlagen hatte.

Auch nach Lassalles Tode hat Heß von Paris aus seine literarische Tätigkeit für die deutsche Arbeiterbewegung aufs eifrigste fortgesetzt, erst als Mitarbeiter des „Sozialdemokrat", später als Korrespondent des „Volksstaates". Gleichzeitig aber betätigte er sich an der revolutionären Bewegung seiner zweiten Heimat, Frankreich, besonders durch eine Schrift „Die hohe Finanz und das Kaiserreich", die auch wirksam dem Zusammenbruch vorarbeitete.

Die Artikel von Heß aus dem Jahre 1870 für den „Volksstaat", spielten in dem Leipziger Hochverratsprozeß wider Liebknecht und Bebel eine große Rolle. Sie behandelten das Thema der sozialen Revolution und sind besonders interessant durch eine Stelle, die beweist, wie der treffliche Mann neidlos die Größe von Karl Marx anerkannte:

„Was Darwin für die Geschichte in der Natur, hat Marx für die soziale Oekonomie wissenschaftlich konstatiert. Es ist das großte Verdienst dieser beiden Forscher, in Natur und Geschichte das Gesetz der fortschreitenden Entwicklung aufdeckt und dasselbe auf den Kampf um die Existenz zurückgeführt zu haben."

Nach der großen Tragödie der Pariser Kommune, deren Niederwerfung den alten Mann mit der schmerzlichsten Ueberzeugung erfüllte, daß er den Tag der Freiheit nicht mehr erleben werde, konzentrierte er sich vornehmlich wieder auf naturwissenschaftliche Studien. Er blieb aber bis zum letzten Hauch Sozialist mit Leib und Seele. Der Bericht seiner beiden deutschen Parteigenossen über die großen Fortschritte der Arbeiterbewegung in der Heimat, bedeutete für ihn die größte Freude, als seine Tage schon gezählt waren. Er starb in äußerst ärmlichen Verhältnissen am 16. April 1875.

Auf dem Friedhof in Deutz ist sein Grab vergraben. Wolkenburg.

Folgend bringen wir einen Auszug aus einem Artikel von Heß über die Revolution des Proletariats, erschienen in der „Deutschen Brüsseler Zeitung" vom 10. Oktober 1847:

„Daß sich das Volk nicht mehr mit Ideen und schöngeistigen Redensarten von Bruderliebe, Freiheit, Gleichheit, abspeisen lassen will, nachdem es schon mehr als einmal durch diese Redensarten verführt worden ist, der Bourgeoisie die gebratenen Kastanien aus dem Feuer zu holen (man denke an die Juli-Revolution und andere Beispiele) — daß die Arbeiter, wenn sie sich jetzt wieder erheben, endlich einmal an ihre ureigene Sache selbst denken werden und alle ihre Herren, Aristokraten oder Bourgeois, die sie für Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe anführten, zum Teufel schicken werden, — das haben schon alle diejenigen bemerkt, die im Interesse der Arbeiter auf eine politische Revolution, auf den Sturz der herrschenden Klasse hinarbeiten. Man kann daher von ihnen allerdings schon nicht mehr sagen, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben. Nein, etwas haben sie aus der Erfahrung ihres Lebens gelernt; sie haben die Perfidie und Gemeinheit der Herrschenden und den Hunger und die Empörung des Proletariats aus Erfahrung kennen gelernt.

Eine Revolution des Proletariats setzt vor allen Dingen ein Proletariat voraus — einen Kampf, bei dem es sich nicht bloß um abstracte Prinzipien, sondern um fühlbare und greifbare Interessen, um die bedrohte Existenz der ganzen proletarischen Klasse handelt, setzt voraus, daß die große Mehrheit der Arbeiter schon gleichmäßig in ihrer Existenz bedroht ist, daß diese Arbeiter klar wissen, welchen Feind sie zu bekämpfen, und daß sie endlich die Mittel in Händen haben, ihn zu besiegen, um die Macht zu erringen. Wie sehen die kommunistischen Konsequenzen einer Revolution des Proletariats in der Wirklichkeit, und wie sehen sie in der Einbildung der Geistesseher aus?

In der Wirklichkeit muß eine ganze industrielle Entwicklung, die ganze Geschichte der Zivilisation, jener Revolution vorhergehen, die den Kommunismus zur Folge hat. In der Einbildung der Geistesseher ist der Kommunismus ein auf gewisse „Prinzipien" gegründetes „System", welches zu allen Zeiten und allen Orten, am leichtesten aber in den Urzeiten und in den Urwäldern „eingeführt" werden könnte, wenn es nicht den „ewigen Wahrheiten" des gesunden Menschenverstandes", den „Ideen des Rechts der Freiheit" usw., wie alle diese Redensarten heißen, schnurstracks zuwider liefe. In der Wirklichkeit sind die Interessen der unterdrückten und ausgebeuteten Proletarier, welche im Kampfe mit den Interessen der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, die kommunistische Bewegung bilden, in der Wirklichkeit sind weiter beim Ausbruch der Revolution des Proletariats, Produktionsmittel im Ueberfluß vorhanden, welche ohne weiteres, wenn nötig, sofort vermehrt werden sollen, welche nicht dürfnisse aller, welche arbeiten wollen, zu schaffen, nachdem eine Zentralverwaltung von den Arbeitern eingesetzt, die Produktion und der Austausch der Produkte den Privathändlern entzogen und selbst in die Hand genommen haben wird. In der Einbildung der Geisterseher geht eine Gesellschaft, welche das Privateigentum aufhebt,... aus Mangel am Notwendigsten zugrunde.

In Wirklichkeit kann nach einer Umgestaltung der Produktionsweise, wie sie eine Revolution des Proletariats mit den alsdann vorhandenen Produktionsmitteln der großen Industrie zur Folge hat, von einer Teilung keine Rede sein. In der Einbildung der Ideologen existiert nur eine derartige Auffassung. In der Wirklichkeit ist es, wie gesagt, nicht mehr der Mangel, sondern der Ueberfluß an Produktionsmitteln, welches Verhältnis zu den Konsumptionsmitteln der großen Mehrzahl, was die Produktion jeden Augenblick hemmt. Aus ökonomischen und gesundheitlichen Gründen handelt es sich vor allen Dingen darum, daß das Volk mehr und besser konsumiere, und da diesem nichts anderes im Wege steht als das Privateigentum an Produktionsmitteln, so ist das erste, was eine aus der Revolution des Proletariats hervorgegangene Regierung tun kann, dieses Privateigentum den Privathändlern zu entreißen, damit die Produktion nach den Bedürfnissen des Proletariats gereselt werden kann.

Das sind die ersten und wichtigsten Konsequenzen einer Revolution des Proletariats in der Wirklichkeit und wir wollen nicht im mindesten leugnen, daß dieser Anfang seine Schwierigkeiten und Schattenseiten haben wird. Eine Revolution, sagte schon St. Just, wird nicht mit Rosenwasser gemacht, und am ersten eine Revolution des Proletariats, Wer wird über „Tyrannei und Terrorismus" schreien, nur der Bourgeois, der Faulenzer, der gewohnt war, bisher von der Arbeit anderer zu leben. Daher die Angst dieser Machthaber vor dem Kommunismus! —

Quellenmaterial: Moses Heß: Sozialistische Aufsätze 1841—47. Herausgeg. Berlin 1921. 233 Seiten. mdr.
Zlonisti, Theodor: Moses Heß, der Vorkämpfer des Sozialismus 1812—1875. Eine Biographie. Weltverlag Berlin 1921. — Stein, Dr. Hans: Der Kölner Arbeiterverein 1848/49. Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus. Verlag Gustbach u. Co., Köln 1921. 112 Seiten.

Allerlei zur Präsidentenwahl

Kampf um die Nichtwähler.

Bekanntlich waren beim ersten Wahlgang für die Präsentiergruppe der deutschen demokratischen Republik 20 v. H. der wahlberechtigten der Urne fern geblieben. Diese verhältnismäßig große Anzahl hat der ganzen Meute von Parasiten, von den Hakenkreuzlern bis zu den Parlaments-„Kommunisten" einen heillosen Schreck eingejagt. Von allen Seiten werden nun tiefgründige Betrachtungen angestellt, woran dieses wohl liegt und wie man diese unglaubliche Erscheinung für den zweiten Wahlgang überwinden kann. Wenn man bei der Wahl einer Stadtverordnetenversammlung irgend einer deutschen Stadt die Beteiligung nicht allzustark ist, so geht man registrierend drüber hinweg; doch diesmal, bei der Wahl des höchsten Postens der Profitdemokratie, wo zu allen Mitteln der Aufrüttelung zur Entfachung der Wahlpsychose gegriffen wurde, ist die Gleichgültigkeit der großen Massen gegenüber dem bürgerlichen Fridfans doch ein nicht aus dem Auge zu lassender Faktor. Die Bourgeoisie weiß, daß alle diejenigen, die sich für den Stimmzettelumlauf einfangen lassen, trotz allem radikalen Gewäsch doch der bürgerlichen Denkweise huldigen und somit auch auf dem Boden der Profitherrschaft stehen.

Nicht ganz so fest kann man aber dieses von denjenigen behaupten, die der Wahlpsychose nicht mehr erliegen. Mit allen möglichen Beteuerungen tritt man an die Nichtwähler heran, von allen Seiten, um ihnen das verwirrliche ihres Tuns vorzuhalten. Das alte Schlagwort ertönt wieder aus dem Munde all der Parasiten, die auf die Abgabe recht vieler Stimmzettel für ihr Konkur ihre Existenz gründen. Im Leitartikel des Stinnes-Konzerns der „D. A. Z." vom 12. April beißt es: „Wir weisen mit allen erdenklichen Gründen Grafen, Universitätsprofessoren, Doktoren, Staatsminister, Freiherren und Hauptleute, daß „Wahrheit eben Wahlpflicht" bedeute. Ganz hysterische ziehen sogar eine Bestrafung der politischen Deserteure in Betracht. Uebrigens haben die Mamelucken mit serteure" in Betracht. Uebrigens haben die Mamelucken mit dem Wort „politische Deserteure" absolut das richtige getroffen; denn wer nach solchen Vorbereitungen lachend diesen Beauftragten der Profitdemokratie die Zähne zeigt, hat kein Mittel schlecht genug, und sei es das der Selbstbeschmutzung, wie es die Sozialdemokratie betreibt.

Sozialdemokratie und Hindenburg.

Der „Vorwärts" veröffentlicht folgende „goldenen Worte" aus dem Krieg, die **Hindenburg am 10. August 1918 an den Kriegsminister von Stein schrieb:**

„Aus der Armee kommt immer lauter der Ruf nach Wiedereinführung der Strafe des Anhängens, bei Feigheits- und sonstigen schweren Verbrechen, die leider jetzt sehr häufig an der Tagesordnung sind."

Damit will die „pazifistische" Sozialdemokratie aufzeigen, was Hindenburg für ein Blutvieh, für ein schlechter Kandidat für den Präsidentenposten. Demgegenüber muß im Interesse der geschichtlichen Wahrheit festgestellt werden, daß alle die Pazifisten der Sozialdemokratie von heute, die bäßlichen Kriegshetzer, die widerwärtigsten Stiefellecker von Hindenburg, sowie von den Nationalheroen waren.

Heilmann, der rote Fuchs ging zu Hindenburg und Germanikus schrieb in der Schaubühne vom 3. Mai 1917 folgende Sätze:

„Es will verstanden sein, wenn der Kommentar zum deutschen Heeresbericht, der niemals große Worte gebraucht hat, von diesen tagelangen Kämpfen Nachricht gibt, wie sie nur gegeben werden kann, wenn dort im Feuer unserer Gemschütze wirklich Englands beste Truppenmacht zusammengebrochen ist. In der neu entbrannten Schlacht bei Arras am 23. April 1917 haben die Engländer die blutigste Niederlage seit ihrer Existenz erlitten. Auf und die schwersten Verluste des ganzen Krieges erlitten. Auf den photographischen Aufnahmen unserer Flieger aus etwa 2000 Meter Höhe sind deutlich die **Leichenhaufen** der in schweren Schlachttagen gefallenen englischen Sturmtruppen zu erkennen.

Empfindende Gemüter werden beim Lesen solcher Sätze aufschaudern... Wir wollen sie deshalb wahrhaftig nicht zurückdenken: aber wir müssen sie daran erinnern: es ist Krieg!

Die Banalität solcher Erinnerungen kann uns nicht davon abhalten, die englischen Leichenhaufen ebenfalls mit Genugtuung zu lesen menschlichen Respekt und dennoch mit Genugtuung zu bewillkommnen.

Die Leichenhaufen bedeuten den Weg zum Frieden.

Da sie aber nur sein können, wo Stürme von Granaten die Luft eisern machen.

so hat Groener, (bekannt als Hundsfott-Groener! D. Red.), so haben Hindenburg, Bethmann-Hollweg, die Gewerkschaften und alle einsichtigen Männer recht, wenn sie darauf bestehen, daß keine Sekunde verpaßt wird, um unsere Rüstung furchtbar und unwiderstehlich zu machen. Es wäre selbstmörderische Phantasterei, wollte man von irgend einer anderen Maßnahme, von Erklärungen und Beteuerungen, von Friedensdemonstrationen und international gerichteten Bekenntnissen eine stärkere Förderung des Friedens erwarten, als von der Verblutung der gegen uns gerichteten Militärmacht.

Nur im Zeichen dieser Ströme von Blut, nur im Zeichen des zermalmenden Eisens, das diese Ströme hervorbrechen macht, können wir davon sprechen, daß das Ziel nahe ist.

Wir müssen den Kriegswillen der Gegner durch Blut ersticken."

Dieser „Germanikus" ist ein gewisser Friedländer, der sich im politischen Leben Robert Breuer nennt. Dieser Sozialdemokrat arbeitete im Kriegspressequartier und Tintenzialdemokrat arbeitete im Kriegspressequartier und trieb mit Hilfe des Auswärtigen Amtes, unter Bethmann-Hollweg und seinem Nachfolgern. Er verlumpte die Presse mit Kriegsartikeln. Unter dem Regiment der Scheidemänner war er Leiter des Presseamtes. Er organisierte 1919 und 1920 (Kapp-Putsch) die Hetze gegen das revolutionäre Proletariat.

„Germanicus-Breuer" ist heute, nachdem er Noske bei seinem Blut-Handwerk gegen das revolutionäre Proletariat unterstützt hat,

selbstverständlich Pazifist.

Volkskandidat und Volksblockkandidat.

Marx, der Katholik und Zentrumsmann, Ebert war ja auch Katholik, aber Sozialdemokrat, ist von der Weimarer Koalition als Volksblockkandidat aufgestellt worden. Er soll nach den „Vorwärts"-Aufrufen ein sicherer und erprobter Republikaner sein, der auch von der Notwendigkeit des Fortschritts überzeugt sein soll."

Dem überzeugten „Fortschrittler" setzt nun die schwarzweißrote Phalanx den alten, greisen Feldmarschall Hindenburg gegenüber, den „größten" Deutschen seit Bismarck. Der selbe ist nun der „Volkskandidat". Der wahlsterne Teutsche

Groß Berlin: Freitag, den 24 April in allen Unterbezirken Mitglieder-Versammlungen

abgeliefert wurde! — ist der amerikanischen Kriegsmarine übergeben worden und unterstimmt gegenwärtig Uebungen mit der amerikanischen Schlachtflotte. Zu den schwierigsten Manövern gehörte dabei die Verankerung des Luftkreuzers auf dem Ozeanriesen „Patoka", die erst nach mehrstündigen Fehlschlägen gelang. —

Die italienische Regierung beschloß, die Einsetzung einer Kommission zum Zwecke der **„Organisierung der nationalen Verteidigung"**. Diese Kommission soll ein internationales Organ sein. Den Vorsitz übernimmt der Ministerpräsident, und zur Kommission gehören der Kriegsminister, der Marineminister, der Innen- und der Finanzminister, der Minister für die Kolonien, für Volkswirtschaft und für Verkehrswesen, der Marschall Diaz als Vizepräsident, die Stabschefs des Landheeres und der Marine, der Kommissar für Flugwesen und der Präsident des Komitees zur Vorbereitung der Mobilisierung. Außerdem soll die Kommission bestehen aus dem Direktor der Banca Italia, dem Generaldirektor der verschiedenen staatlichen Verwaltungsressorts, den Leitern der großen wirtschaftlichen Organisationen und repräsentativen Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Industrie und der Landwirtschaft, die vom Ministerpräsidenten ernannt werden sollen. Diesem Komitee wird die Aufgabe zufallen, die Kräfte des Landes für den Fall einer Mobilisierung zu organisieren. —

* * *

Wie also aus den vorstehenden Pressemeldungen wiederum zu ersehen ist, geht das internationale Wettrüsten trotz Demokratie und Pazifismus in immer schnellerem Tempo vor sich. Den kapitalistischen Weltmächten lassen sich allesamt eben nicht die imperialistischen Gifzähne ausbrechen, sie kümmern sich nicht um die Unkenrufe entwurzelter Kleinbürger, sondern gehen vom Standpunkte des Profits an die „Befriedigung" der Welt heran, d. h. sie überbieten einander in Kriegsrüstungen, um im zukünftigen gewaltsamen Austrag der weltkapitalistischen Interessengegensätze möglichst gewappnet dazustehen.

Der internationale weiße Terror

Hinrichtungen in Estland.

Reval, 15. April. Die Mitglieder der Staatsversammlung Welt und Juhkanut, die sich am Kommunistenaufstand beteiligt hatten, sind auf dem Hofe des Militärgerichtsgebäudes durch Erschießen hingerichtet worden. —

Das Mordregiment in Bulgarien.

Sofia, 14. April. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Staates hat das Kreisgericht in Warna 25 Kommunisten zu insgesamt 113 Jahren Kerker und Zwangsarbeit, sowie den Kommunisten Michael Georgieff zum Tode verurteilt.

Die Londoner „Daily Herald" veröffentlicht den Brief eines unbefangenen Zeugen als Antwort auf die offiziellen Verlautbarungen bulgarischer Regierungsstellen. Dieser Brief besagt unter anderem:

In 18 Monaten wurden in Bulgarien 19 oppositionelle Mitglieder des Parlaments ermordet, davon vier in den letzten Monaten. Unter den vier letzteren befand sich Stojanow, der Führer der Eisenbahner. Es wird allgemein zugegeben, daß diese Morde direkt von der Regierung angestiftet wurden. — Außerdem wurden 150 Arbeiter und Bauern ohne Gerichtsverhandlung getötet. Das „Gesetz zum Schutze des Staates" sieht die Vernichtung der Arbeiter- und Bauernopposition vor und verbietet ihre gewerkschaftliche Betätigung. Die Bauernpartei selbst wurde aufgelöst und verboten, ihre Konferenzen nicht genehmigt. Der Herausgeber des Bauernorgans wurde verhaftet, weil er einen „Der Polizeistaat" betitelten Artikel der sozialdemokratischen Zeitung abgedruckt hatte. —

In Schumen wurden im März 176, in Bechovitza 40, in Ferdinand 30 Arbeiter verhaftet. Die Verhafteten werden auf die bestialischste Weise mißhandelt und zu Tode gefoltert. In Sofia sind zwei Kommunisten vom vierten Stock des Gerichtsgebäudes abgestürzt, weil sie die Folterungen nicht ertragen konnten. Politische Morde stehen auf der Tagesordnung. Im Februar sind allein 130 Meuchelmorde von Kommunisten registriert worden. —

* * *

Der Terror in Mussolini-Italien.

Rom, 14. April. In den letzten Tagen wurden 11 Personen aus politischen Gründen ermordet. — Bezeichnend für die Erregung der Bevölkerung gegen die Faschistendiktatur ist die kleine Episode, daß bei Taranto ein verhafteter Kommunist von der Bevölkerung aus dem Gefängnis befreit und im Triumpfzug in seine Wohnung zurückgebracht wurde. — In Bologna und Ferrara veranstalteten die Faschisten Strafkolonnen gegen die Arbeiter; über 700 Arbeiter wurden mit Schlagwaffen überfallen und blutig mißhandelt. Viele Opfer mußten mit schweren Knochenbrüchen in die Krankenhäuser abgeführt werden. In Bologna wurden außerdem nach Haussuchungen bei sozialistischen Eisenbahnerorganisationen deren Leiter verhaftet. — Desweiteren ist der Kommunist Banini, welcher von Herriot nach Italien ausgewiesen wurde, daselbst von Faschisten ermordet worden.

Rom, 15. April. Der Generalsekretär der faschistischen Partei trat in einer Rede dafür ein, daß die Wahlen erst 1929 stattfinden sollen, weil Mussolini eine gesicherte Mehrheit in Kammer und Senat habe, und weil von allen Provinzial- und Gemeinderäten vier Fünftel in faschistischen Händen seien. Ferner verlangte der Generalsekretär die Wiedereinführung der Todesstrafe (die in praktisch sowieso besteht, D. Red.) und für politische Vergehen die Einführung des Zwangsaufenthalts und der Verbannung. —

Nach Hafis'schem Vorbild in der Tschechei.

Prag, 15. April. In Bratislava beriet die KP. eine öffentliche Kundgebung über den Ostrauer Streik ein. Die Polizei traf dazu große Vorbereitungen. Alle Haupteingänge zum Platz wurden abgesperrt. Die Polizei verhielt sich von Anfang an provokatorisch und verbot den Rednern jede Erwähnung des Ostrauer Streiks. Als dies von den Rednern nicht eingehalten wurde, erklärte der Polizeikommissar die Versammlung für aufgelöst. Der Arbeiter beabsichtigte sich eine ungeheure Erregung, sie stimmten die „Internationale" an. In diesem Augenblick warfen sich die Polizisten auf die Arbeiter und schlugen sie blutig. Die berittene Polizei ritt in die Menge hinein, wobei ein Kind schwer verletzt wurde. Eine Frau wurde bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und auf die Polizei geschleppt. Im ganzen wurden bei dieser Versammlungssprengung 9 Personen verhaftet. —

Vom Wüten der polnischen Ordnungsbestie.

Der „Verband der Tabakindustriearbeiter" in Warschau ist von den gerichtlichen Instanzen zum dritten Male geschlossen worden. Der Vorstand des Verbandes wurde zu gerichtlicher Verantwortung gezogen. — Wie ferner gemeldet wird, sind unter den Mitgliedern des „Verbandes der Lederarbeiter" und der jüdischen Verbände ebenfalls Massenausweisungen und -Verhaftungen vorgenommen worden. Insgesamt wurden 130 Personen verhaftet, wovon 36 aus dem Polizeiarrestlokal im Gefängnis überführt wurden. —

Riesenprozeß gegen litauische Kommunisten.

Kowno, 15. April. In den nächsten Tagen beginnt vor dem Kownoer Kriegsgericht ein Prozeß gegen 300 Personen, welche angeklagt sind, in Litauen kommunistische Propaganda getrieben zu haben. —

Achtung! Ortsgruppen!

Wie jedes Jahr soll auch diesmal die KAZ. zum 1. Mai in erhöhter Auflage erscheinen. Diese Nummer ist besonders zur Frage des 1. Mai zugeschnitten und dementsprechend ausgestattet. Die

Mai-Nummer

kommt am 28. April zum Versand. Die Ortsgruppen werden hiermit aufgefordert, ihren Bedarf bis spätestens 22. April an die Buchhandlung zu melden, damit die Gesamt-Auflage festgelegt werden kann. Später einlaufende Bestellungen finden keine Berücksichtigung. Wir hoffen, daß die Ortsgruppen schon jetzt die organisatorischen Vorarbeiten für den Vestrieb der Maizeitung treffen und die Bestellungen rechtzeitig aufgeben.

Diese, der Tagespresse entnommenen Meldungen über das Wüten des internationalen Weißen Terrors reden in ihrer laconischen Kürze eine eindeutige Sprache: sie demonstrieren den Proletariern, daß in keinem Lande der Welt die Klassenlage der Arbeiterschaft sich trotz aller parlamentarisch-gewerkschaftlichen „Siege" zu ihren Gunsten geändert hat, daß vielmehr überall die Bourgeoisie auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Macht rücksichtslos und brutal gegen die Proletarier vorgeht, wenn dieselben die „Ruhe und Ordnung" stören. Aber die Tatsache, daß die gepanzerte Faust der kapitalistischen Klassen auch zuweilen auf gewerkschaftlich-sozialdemokratische Organisationen niedersaust, darf die Proletarier niemals ablenken von der historischen Schuld der internationalen Sozialreformisten, die durch ihre konterrevolutionäre Koalitionspolitik die waukende Profitherrschaft wieder staatspolitisch gefestigt und damit dem zügellosesten Terror erst die Wege geebnet haben.

Ansteckende Verrücktheit

J. Zevin, Nov-Jorko.

Bekleidete einst ein Mensch einen wichtigen Posten in einem bekannten Wohltätigkeits-Institut. Die Beschäftigung war sehr gut. Die Arbeit wenig — sehr wenig — fast nichts, aber das Gehalt war groß. Der Mensch lebte behaglich und wurde sehr geachtet. Einmal ging dieser Beamte zum Chef des Instituts mit folgender Erklärung:

„Herr Präsident!" Nach meiner Meinung bekomme ich, im Vergleich zu meiner getanen Arbeit, zu viel Geld. Nicht den 10. Teil verdiene ich. Darum bitte ich — im Namen der Gerechtigkeit — mein Gehalt zu verringern, und den Ueberschuß für die zu gebrauchen, die unserem Amt helfen. Andernfalls ziehe ich es vor auszutreten.

Der Chef befahl den Beamten sofort arretieren zu lassen, dem Gericht zu bringen, damit sein Geisteszustand untersucht werde.

Ich bin nicht verrückt geworden — beharrte der Beamte. Nur mein Gewissen ist erwacht. Der Irrsinn quält mich nicht. Das beweisen alle Verrückten, sagte der Richter. Im wesentlichen kann ich ihnen nicht helfen, die Untersuchung muß ich veranlassen. Der Beweis ist augenscheinlich, daß ihr Geisteszustand nicht normal ist.

Als die Untersuchung im Gericht begann, hatte der Angeklagte, wie auch der Advokat, Fachärzte eingeladen. Die Meinung war sehr verschieden und erweckte sehr großes Interesse unter den Anwesenden. Aber die interessanteste Aussage war die des Prokuristen.

„Geehrter Gerichtshof!" Vor einem Urteil steht ein Verrückter, einer der unter die gefährlichste Art der verrückten Welt gehört. Er besitzt eine Verrücktheit welche ansteckend ist und sich fortpflanzt von einem zum andern und die Fähigkeit hat, sich im Volk zu verbreiten wie die Pest. Der Unglückliche, der hier steht, verdient unser tiefstes Mitleid. Er ist geliebt von seinen Freunden, und geachtet von seinen Feinden. Aber seit kurzem, während eines schönen Tages, im Beisein von Atestanten, hat er offen den Chef, sein Gehalt zu verringern, weil er meinte, daß er es nicht verdient und das Bekommene nicht erarbeitet hätte. Ist es nötig, zu beweisen, daß dieser Mensch nicht mehr normal ist und einer von den gefährlichsten ist? Stellen Sie sich vor, „Geehrter Gerichtshof", — wenn diese Gewissensverrücktheit sich erweitern würde über unser Vaterland. Was würde aus unseren Wohltätigkeitsinstituten werden? Nicht ein Beamter würde hier bleiben. Weil sie sehen würden, daß sie auch nicht ein Geldstück verdient hätten. Sie werden räsonieren, verständig denken und auseinander laufen. Aber das Gesagte genügt noch nicht. Diese Verrücktheit kann sich in den Regierungsorganen Eingang verschaffen. Bürgermeister, Stadtverordnete, Polizei — und alle anstecken mit der gleichen Verrücktheit. Diese Affäre kann sich erweitern, die Gesetzgebungsstätten leeren und vielleicht auch das Parlament.

„Geehrter Gerichtshof", der Verteidiger hat ein paarmal hervorgehoben, daß der Angeklagte Familienmitglied sei. Ich selbst fühle mit seiner Gattin und Kinder das tiefste Mitleid. Vor Kummer wird mein Herz zerrissen von seinem Unglück. Aber wir dürfen nicht die Frauen und Kinder unseres Landes vergessen. Stellen Sie sich ihren Zustand vor, wenn diese Verrücktheit sich durch die ganze Welt verbreiten würde! Wir haben kein Recht, das ganze Land einer Ausnahme zu opfern und einer Familie wegen. Betrachten Sie nur, „Geehrter Gerichtshof", wie würde sich unser Land gestalten, wenn wir nicht rechtzeitig diesen Verrückten absondern von den andern. Die Chefs der Industrie- und Handels-Unternehmungen werden räsonieren. Weil sie dann sehen, daß sie das Bekommene nicht verdienen.

In der Stadt bleibt kein Wächter, kein Doktor noch Advokat und Sie, „Geehrter Gerichtshof", würden nicht von diesem Ort die Gerechtigkeit verwirklichen können. In diesem Fall, wenn das Wohlergehen von allen auf dem Spiele steht! — kann diese Art von Individuen kein Mitleid beanspruchen. Er muß von den andern isoliert werden, damit die Fähigkeit der Verrücktheit sich nicht erweitern und das Gewissen der Welt erwecken kann.

Nach kurzer Beratung erklärten die Richter ihren Beschluß. Weil die Beamte sich selbst beschuldigt, unverdientes Geld bekommen zu haben, deshalb ist er ein Verrückter. Darum muß er sofort in ein irrenhaus gebracht und sehr strenge bewacht werden in der Abteilung der Unheilbargen.

Der Richterspruch ist sofort erfüllt.

(Aus der Hebräischen Sprache übersetzt. Aus „Semaneca Revuo", Esperanta Gazeto.)

Riesen unter den Kapitalsmagnaten

Die „Riesen" unter den Kapitalsmagnaten der Welt.

In den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, der Hochschule des Kapitalismus, sind unter Aufwand erheblicher Mühe und Kosten Ermittlungen darüber angestellt worden, welches die gewaltigsten Kapitalskönige vom „gelben Metall" sind.

An der Spitze dieser Kapitalskolosse steht der bekannte amerikanische Automobilfabrikant, Henry Ford, der 550 Millionen Dollar (2 Milliarden und 310 Millionen Goldmark) besitzen soll. Ihm folgt der seit vielen Jahren allgemein als der reichste Mann erklärte John D. Rockefeller mit einem Besitz von 500 Millionen Dollar (2 Milliarden und 100 Millionen Goldmark). An dritter Stelle steht schon im weiten Abstand der englische Herzog von Westminster, der anerkannt reichste Mann Englands, dem unter anderem etwa ein Drittel des Grund und Bodens, auf dem London steht, gehört. Er besitzt „nur" 150 Millionen Dollar (630 Millionen Goldmark). Erst an vierter wird der verstorbene Hugo Stinnes genannt, den man auf 100 Millionen Dollar (420 Millionen Goldmark) schätzte. Dann kommt eine Reihe weniger bekannter Namen, bei denen die Ermittlung nur sehr unsichere Ergebnisse zeitigte, da deren Vermögen so versteckt angelegt ist, daß sie selber nicht genau wissen, was und wieviel sie besitzen. Man nennt darunter: Percy Rockefeller, die beiden Japaner Baron H. Mitsui und Baron H. Iwastki, außerdem einen indischen Fürsten, „Gaekwar von Barodi", der ein Gebiet in der Nähe von Bombay beherrscht. Nach den New Yorker „Times" werden als zu den „reichsten Zwölf" gehörig noch 4 amerikanische Großkapitalisten genannt, die auch annähernd auf je 100 Millionen Dollar geschätzt werden.

Hierbei muß festgestellt werden, daß die Nachforschungen in Deutschland nicht erschöpfend sind. Der gewaltigste Kapitalsbesitzer Deutschlands ist immer noch der 83jährige Schwerindustrielle August Thyssen auf Schloß Landsberg, der sein Vermögen auf 1 Milliarde Goldmark schätzt, aber bestimmt nicht etwa „einschätzt" zur Steuerzahlung. Er gehörte trotzdem zu jenen „leidenden" Ruhrmagnaten, denen im Jahre 1923 durch die Stresemann-Jarres-Marx-Regierung 715 Millionen Staatsgelder in den Rachen geworfen wurden, angeblich um diesen „notleidenden" Kapitalisten wie Thyssen, Stinnes, Krupp u. a. wieder auf die Beine zu helfen und den Wiederaufbau zu ermöglichen, während das Proletariat massenhaft im Elend dahinsiecht und nach den Friedhöfen „auswandern" muß. Damals ist in Deutschland im kurzen Zeitraum von ein paar Monaten des Ruhrkrieges wie vielleicht noch nirgendwo in der Welt, eine völlige Unterwühlung aller gesellschaftlichen Verhältnisse eingetreten: Aus dem Meer von Tränen, das der Ruhrraubzug dem Proletariat brachte, erhob sich eine Handvoll Kapitalisten, erprobt und erfahren in allen Kniffen und tückischen Brutalitäten dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems, mit gesteigerter wirtschaftlicher Macht und mit verdoppeltem politischen Machtwillen: der Beherrscher des Staates im Staate, d. h. der kleinbürgerlichen Republik.

Interessant ist es übrigens, zu erfahren, daß die Hauptwerke des alten Thyssen schon jetzt (aus erbschaftssteuerlichen Gründen) den Söhnen Fritz Thyssen und dem ungarischen Magnaten, Baron Heinrich von Thyssen gehören, während der zweite Sohn August mit einer monatlichen Rente von Mk. 20 000,— zur Zeit „arbeitslos" in London lebt.

Nach Thyssen folgt in Deutschland Jakob Michael, der Besitzer des großen Michael-Konzerns, von dem man noch nicht genau weiß, was und wieviel er eigentlich besitzt unter den Millionären dieser Welt.

Möge das Proletariat rechtzeitig diesen Kapitalshyänen und egoistischen Nutznießern des von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwertes durch den Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Beseitigung der Lohnknechtschaft das Räuberhandwerk legen!

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung, 14. Unterbezirk. (Neukölln). Donnerstag, den 23. April, abends 7½ Uhr, kombinierte Mitglieder-Versammlung der Partei und Union. Lokal: Moldenhauer, Nogatstraße 50. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Achtung! Bezirksführer! Die Sitzung der Zentrale am Dienstag, den 14. April fällt aus. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 21. April, an bekannter Stelle statt.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ B. Gosciński, Norweger Straße 40, Laden.
Osten: K. Herold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ **Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.**
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 7.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112.
Centrum: J. Schurl, Brückenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 43.
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klumpp, Dönhofstraße 28, Gth.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Nowawes: Hermann Weiß, Augeststraße 39.
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45.
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36 II.
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Wellensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

6. Jahrg. Nr. 31

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Blutiger Terror in Bulgarien

Aufstandsbewegung der Unterdrückten — Regierungskrise

Das Attentat auf die Kathedrale in Sofia hat eine katastrophale Wirkung gehabt. Der ganze Staat ist in Aufruhr. Der verschärfte Belagerungszustand wütet mit einem rücksichtslosen Militärterror. Auf diese Weise versucht man den Kommunismus und die oppositionellen Freiheitsbestrebungen der bulgarischen Bauernpartei mit aller Gewalt auszurotten.

In diesem Terror wird fortgesetzt, was nach dem Sturz der Stambolinskie-Regierung 1923 schon seinen Anfang nahm. Wir wissen, daß schon damals die neue Bourgeoisieregierung mit allen Mitteln des Terrors gegen die Anhänger der gestürzten Regierung, gegen die bulgarischen Kleinbauern vorging. Ebenso gegen die Kommunistische Partei Bulgariens, die mit der Politik Stambolinskis liebäugelte, nach der Taktik der 3. Internationale in der Bauernfrage, und die bei dem Umsturz glaubte, ihre Parole Arbeiter- und Bauernregierung zu verwirklichen.

— Die Bourgeoisie siegte in diesem Aufstand und die Proletarier und Bauern wurden in Massen hingemordet.

Seitdem hat der Terror zur Niederhaltung der Arbeiter und Bauern unaufhaltsam gewütet, mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der die Klasse der Bourgeoisie offen und mit Hilfe der Sozialdemokratie, überall und zu allen Zeiten gegen die unterdrückte Klasse vorgegangen ist. In Deutschland unter Noske und seinen Nachfolgern, in Italien unter Mussolini, in Ungarn unter Horthy. Morde an Führern und Arbeitern der oppositionellen Parteien sind an der Tagesordnung.

Gegen diesen rücksichtslosen Terror mußte sich eines Tages eine Welle aufrichten, was wir jetzt in Bulgarien erlebt haben. Die unterdrückten Bauern und die Kommunistische Partei stehen wieder gemeinsam im Kampf gegen den rücksichtslosen Terror der Zankoff-Regierung.

Die Regierung und die gesamte Bourgeoisie zittert an allen Knochen durch diesen Zusammenbruch der Kirchenmauern. Das Attentat hat der Bourgeoisie ein Teil seiner führenden Persönlichkeiten gekostet.

Nach den Verlustlisten, die erst jetzt bekannt werden, sind bei dem Akt 13 Generäle, 8 Obersten und 9 andere hohe Offiziere der Zankoff-Armee vernichtet. Ferner werden unter den weit über 100 Toten Regierungspersönlichkeiten als tot gemeldet. U. a. der Bürgermeister, der Präfekt, der Polizeipräfekt und Unterpräfekt, vier weitere Regierungsabgeordnete, vier Regierungssekretäre und zwei Rechtsanwälte.

Auf diesen Schlag hat nun die Rache der Bourgeoisie, der weiße Schrecken eingesetzt. Im ganzen Lande werden Massenverhaftungen vorgenommen. In Sofia allein fast 300, während aus dem ganzen Reich schon nach den Blättermeldungen 600—700 Kommunisten und Bauern verhaftet sein sollen. Auf die Attentäter selbst wird mit allen Mitteln Jagd gemacht. Ein führendes Mitglied der KPB., Minkoffs, wurde bei seiner Festnahme sofort erschossen. Ein anderer, der Kapitän Krotneff, von dem man annimmt, daß er die Höllenmaschine in der Kathedrale angebracht hat, hat Selbstmord verübt.

Bestialische Brutalität ist der Grundsatz des Militärterrors. Der altbekannte Grundsatz, um die Aufständischen, die im Grunde nicht so gut militärisch diszipliniert und organisiert sind, einzuschüchtern.

De Gefangenen oder Verhafteten werden zum Teil sofort erschossen und gelyncht.

An verschiedenen Stellen des Landes ist der bewaffnete Aufstand der Bauern und Arbeiter ausgebrochen.

Ueber den Aufstand selbst ist durch die doppelte Zensur nur sehr wenig zu erfahren. Die Gegend von Zaribrod, Barna, Ternowa und Stara Zagora sei in vollem Aufruhr. Die beiden letzten Städte sollen von den Aufständischen besetzt sein.

Wie einheitlich geschlossen der Kampf der internationalen Bourgeoisie gegen den Aufstand der Arbeiter und Bauern in Bulgarien ist, der sich im selben Maße gegen jede revolutionäre Erhebung des Proletariats richtet, zeigt folgende Abmachung.

—nn. Paris, 20. April. Das Interalliierte Militär-Komitee in Versailles hat sich heute früh mit dem Ersuchen Bulgariens um Verstärkung seiner Miliz befaßt. Bulgarien wünscht bekanntlich mit Rücksicht auf die augenblicklichen Unruhen die Verstärkung seiner Miliz um 10 000 Mann. Das Militärkomitee hat diesem Ersuchen nachgegeben, da die reguläre bulgarische Armee den im Vertrage von Neuilly vorgeschriebenen Effektivbestand nicht erreicht habe. Auch die Botschafterkonferenz wird wahrscheinlich zustimmend antworten. Die Regierung in Sofia hatte bereits im vorigen Jahre die Ermächtigung erhalten, ihre Miliz um 3000 Mann verstärken zu dürfen.

Desweiteren hat das serbische Militär und die Polizei gegen den Aufstand mobilisiert.

In Berlin wurden in Charlottenburg durch die Berliner Polizei 1a. 52 bulgarische Studenten verhaftet. Diese Verhaftungen stehen mit dem Terror gegen die bulgarischen Kommunisten in Verbindung.

Wie die „Rote Fahne" meldet, sollen diese Studenten als Protest gegen diese Gewaltmaßnahme in Hungerstreik getreten sein.

Das Attentat hat außerdem nach den Blättermeldungen zu einer Regierungskrise geführt.

„Die Abgeordneten Kormanoff, Kreston und Milanoff sind aus dem Zentralausschuß der Regierungsparteien ausgetreten. Weitere Austritte werden jedenfalls noch folgen. Es wird der Standpunkt einer Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten vertreten. Durch die Rücktritte hat sich die Regierungsmehrheit nach links verschoben, wodurch eine Umbildung des Kabinetts erforderlich sei."

Die Sozialdemokratie wird wieder den Beweis ihrer Stellung innerhalb der Klassenkämpfe führen. Den Beweis, den sie immer geführt hat, nämlich durch ihre Koalition mit der Bourgeoisie, durch die Verschleierung des Klassenkampfes bei einem großen Teil Proletarier, den Kampf **gegen das kämpfende Proletariat** zu unterstützen.

Die Aufgabe des internationalen Proletariats muß es sein, bei diesen Kämpfen in Bulgarien folgendes zu erkennen.

Der Kampf der bulgarischen Kleinbauern und Arbeiter gegen die absolute Herrschaft der Bourgeoisie, der nach dem Muster der Einstellung der 3. Internationale zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung geführt wird, hat auf die allgemeinen kapitalistischen Verhältnisse des internationalen Kapitals keinen umwälzenden Einfluß. Es ist eine rein bulgarische Frage, die zum Teil im Interesse Rußlands liegt.

Was aber als entschieden wichtiger beobachtet werden muß, ist die geschlossene Kampffront des kapitalistischen Herrschaftssystems mit aller Brutalität gegen den kleinsten Funken einer revolutionären Erhebung der Arbeiterklasse.

Vivat Hindenburg

Die deutsche Bourgeoisie hat nun endlich noch ihren letzten Kriegshelden ausgegraben, um ihn mit der Präsidentenwürde der deutschen Republik zu krönen. Symbol und Fanfare zugleich, ist er das würdige Spiegelbild einer untergehenden Schicht. Der deutsche Militarismus ist im Weltkrieg so gründlich besiegt worden, daß er nach 6 Jahren wieder als Trophäe glänzen kann und als einziges und letztes Hilfsmittel zur Durchführung der Ausbeutungspläne der deutschen Bourgeoisie herangeholt werden muß. Im übrigen „kultivierten" Europa ist es der herrschenden Bourgeoisie gelungen, das Proletariat mit demokratischen Illusionen zu regieren. Die militärische Diktatur, der Belagerungszustand, mit dem bekanntlich jeder Esel regieren kann, wird bei ihnen nur im äußersten Fall angewendet. Sie können sich den Luxus eines großen militärischen Aufwandes leisten, ohne die Militärs zu Göttern zu erheben, zu deren Füßen zu liegen, die einzige geistige Tat einer herrschenden Klasse ist. Die westeuropäische Demokratie läßt sich nicht von den von ihr eingesetzten Militärs ihren Weg vorschreiben. Sie versteht es noch immer, den Militarismus zu ihren Zwecken auszunützen und ihn ihren Interessen unterzuordnen. Dagegen ist das deutsche Prachtexemplar der über den Massen schwebende Herrgott — „der unparteiische Volksmann", der das Glück und die Aufgabe hat, der Retter des Vaterlandes zu sein. Man preist ihn als „das Symbol deutscher Treue, Wahrheit, Geradheit und Freiheit". Seine besondere Eignung ergibt sich daraus, daß er „keiner Partei angehört und dem ganzen deutschen Volke gehört." Es ist doch zu schön, Teutscher zu sein. Ein alter de- und konservativer Feldwebel, dessen Heiligkeit und Unverletzlichkeit Gemeingut der Rechts- und Linksparteien ist und in dem man den alten Soldaten verehrt, vertritt deutsche Freiheit. Das Hindenburgprogramm, der vaterländische Hilfsdienst sowie die Freiheit des Massentodes sind die ehernen Produkte dieser Errungenschaft. Dieser Mann wird den Artikel 48 der Weimarer Verfassung mit besonderer Finesse zu handhaben verstehen. Er hat es infolge langjähriger Erfahrung nicht nötig, erst Herrn Seeckt damit zu betrauen wie sein in Gott verblichener Vorgänger Friedrich Ebert. Er hat das neue Hindenburgprogramm auch schon fertig geliefert erhalten, das in der Ausführung des Dawesplanes besteht. Sein Name soll die neue Aera der Herrschaft der Rohstoffmonopolinhaber decken. Die Flagge des deutschen Wiederaufbaues wird bewährten militärischen Händen anvertraut, nachdem die Demokratie durch ihre in echt weitherzig demokratischer Weise erfolgte Auslieferung der Macht an die neuen Herren in schnelleem Tempo ihre geschichtliche Aufgabe in Deutschland gelöst hat.

Der Ernst der Wirtschaftslage wird jetzt vom deutschen Kapital bewußt in den Vordergrund gerückt. Diese Tatsache ist absolut nicht zu leugnen, nur die Methode zeigt das Geschäft. Früher pflegten die Parteien zur Belebung der Wahlkampagne und aus Sorge um die gute Stimmung mit sozialen Verbesserungsversprechungen nur so um sich zu werfen und nicht den eisernen Auskehrbesen als Heilmittel zu empfehlen. Man macht Propaganda gerade mit der Anpreisung rigoroser Ausbeutungsmethoden. Der deutsche Spießer schwärmt für den militärischen Fahnenwald und den leeren Magen. Sein normaler Zustand des Prestinismus wird ihm wiedergegeben und aus Begeisterung überschlägt er sich noch in rythmischen Hymnen nach dem friederizianischen Militärkrückstock. Nicht einmal das fromme Zentrum kann mit diesen Ergüssen einer deutschen Seele Schritt halten. Es muß sich zur sozialdemokratischen Couleur flüchten, weil seine kirchliche und weltliche Stellung sich unter der preußischen Toleranz nicht entwickeln kann. Die Magie kleinbürgerlicher Existenzfreudigkeit ist sein Lebenselement, mit dem es die Arbeiterschaft fesselt. Es muß Optimismus predigen. Der Volksblock ist die Vereinigung zur Rettung deutscher Ideale kleinbürgerlichen Ursprungs, welche wirtschaftlich im Reformismus fußen. Er braucht Massen mit demokratischen Illusionen. Der Reichsblock will dagegen die Massen mit militärischem Drill in die Arbeitskasernen schicken. Es ist nur ein Unterschied in der Form der Verwirklichung der Ausbeutung des Proletariats. Die Kunst der Ausbeutung des deutschen Unternehmers erschöpft sich im Arbeitsbefehl unter militärischer Knute. Dieser brutale Geist ist an und für sich zur Durchführung des Taylorsystems, das jetzt in immer stärkerem Maße in der deut-

Der Kampf gegen die Metallarbeiter

Ablehnung des Schiedsspruchs

Der Vernichtungskampf gegen einen Teil des Berliner Proletariats wird in alter Form weitergeführt, denn Kapital und Gewerkschaften sind sich über die Verteilung des Raubgewinnes, über die Art und Weise der neuen Ausbeutungsform noch nicht einig. Die betroffenen Proletarier sind ja noch nicht kirre gemacht, sie haben noch nicht kapituliert, sie sind noch nicht wie die Fliegen, auf der Straße vor Hunger umgefallen.

Also muß die systematische Selbstvernichtung noch fortgesetzt werden, bis der Vernichtungsprozeß die ausgemergelten Lohnsklaven arbeitswillig gemacht hat, und die verführten, verdummten Proletarier in genügender Anzahl durch die Hilfe der KPD. in dem reaktionären Gewerkschaftssumpf untergegangen sind.

Das Schwindelmanöver gegen den Schiedsspruch, die Urabstimmung, mit der man die Unorganisierten wieder zu ködern und zu fesseln verstand, hat ja noch Kampfstimmung gezeigt.

Da kann die scheinrevolutionäre KPD. gut anknüpfen, um ihrer Zutreiberpflicht in die Gewerkschaften gerecht zu werden.

(Fortsetzung 2. Seite.)